



Sparkasse
Münsterland Ost

Geschäftsbericht 2011

Die Zahlen im Überblick

Geschäftsentwicklung	2011	2010	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Geschäftsvolumen	8.458	8.351	107	1,3
Bilanzsumme	8.264	8.164	100	1,2
Kundeneinlagen	5.882	5.848	34	0,6
– Spareinlagen	1.627	1.676	–49	–2,9
– Sparkassen-, Hypothekenpfandbriefe und Inhaberschuldverschreibungen	543	444	99	22,3
– Sicht- u. Termineinlagen	3.712	3.728	–16	–0,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.475	1.611	–136	–8,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	101	104	–3	–2,9
Forderungen an Kunden	5.802	5.355	447	8,4
– Kontokorrentkredite	398	349	49	14,0
– Darlehen aus Eigenmitteln	4.499	4.194	305	7,3
– Kommunaldarlehen	302	198	104	52,5
– Weiterleitungsdarlehen	603	614	–11	–1,8
Eigenkapital	416	401	15	3,7

Rechtsnatur

Die Sparkasse ist eine Kreditanstalt des öffentlichen Rechts.

Verbandszugehörigkeit

Die Sparkasse ist über den Sparkassenverband Westfalen-Lippe in Münster dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. in Berlin angeschlossen.

Träger

Träger ist der Sparkassenzweckverband der Stadt Münster, des Kreises Warendorf sowie der Städte und Gemeinden Ahlen, Beelen, Drensteinfurt, Ennigerloh, Everswinkel, Oelde, Ostbevern, Sassenberg, Sendenhorst, Telgte und Warendorf.

Inhalt

Lagebericht

Jahresabschluss 2011

Jahresbilanz
Gewinn- und Verlustrechnung
Anhang

Lagebericht

A. Darstellung der Sparkasse

Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Münster unter der Nummer A 4940 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband, der von der Stadt Münster, dem Kreis Warendorf sowie den Städten und Gemeinden Ahlen, Beelen, Drensteinfurt, Ennigerloh, Everswinkel, Oelde, Ostbevern, Sassenberg, Sendenhorst, Telgte und Warendorf gebildet wird. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Münster und ist ebenfalls Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers sowie die angrenzenden Kreise und die kreisfreie Stadt Hamm. Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe. Das aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen bestehende überregionale Sicherungssystem stellt sicher, dass im Bedarfsfall ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die Forderungen der Kunden und auch das Institut selbst zu schützen.

B. Darstellung der Rahmenbedingungen

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2011

Weltwirtschaft

Im Jahr 2011 setzte sich die Erholung der Weltwirtschaft mit leicht reduzierter Geschwindigkeit fort. Als Stützen des Wachstums wirkten erneut die sogenannten Schwellenländer inklusive China, während sich viele etablierte Staaten Europas und auch die USA unterdurchschnittlich entwickelten.

Die fortschreitende Verschuldungskrise Europas und der USA ließ im Jahresverlauf Zweifel an der dauerhaften Finanzierbarkeit der staatlichen Haushalte aufkommen. In diesem Zusammenhang kam es zu mehrfachen Ratingherabstufungen europäischer Staaten und dem erstmaligen Verlust des AAA-Ratings für Amerika. Die als Folge ansteigenden Risikoaufschläge einzelner Länder machten die Erweiterung und Restrukturierung des 2010 gegründeten europäischen Rettungsschirms nötig.

Gleichzeitig belasteten Haushaltskonsolidierungen zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen die konjunkturelle Entwicklung.

Im Jahr 2011 wurde ein Weltwirtschaftswachstum von 3,6 % (Vorjahr 4,9 %) erreicht, während die Wirtschaft in der Eurozone 2011 um 1,6 % (Vorjahr 1,7 %) wuchs. Die Arbeitslosenquote in Europa stieg leicht auf einen Wert von 10,4 % (Vorjahr 10,0 %) an und die Inflation befand sich im Jahresverlauf 2011 mit 2,7 % oberhalb des Zielkorridors der EZB von 2,0 %.

Wirtschaft in Deutschland

Im Gegensatz zu den übrigen europäischen Ländern profitierte Deutschland als traditionelle Exportnation 2011 erneut überdurchschnittlich von der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Für das Gesamtjahr betrug der Anstieg des BIP 3,0 % und lag damit deutlich über dem historischen Durchschnitt der letzten zehn Jahre von ca. 1,0 %. Neben dem Export entwickelte sich der private Konsum positiv, insbesondere gestützt durch die sehr gute Lage am Arbeitsmarkt (Arbeitslosenquote fiel von 7,5 % auf 6,6 %). Dieser entwickelte sich damit besser als in den übrigen Industrienationen und zeigte sich auch von der schwachen konjunkturellen Entwicklung Gesamteuropas unbeeindruckt. Die hohe konjunkturelle Entwicklung ließ im Laufe des Jahres die Verbraucherpreise ansteigen – nach moderaten 1,1 % im Vorjahr – auf 2,3 % im Jahr 2011.

Wirtschaft im Münsterland

Die von der IHK Nord Westfalen zum Jahreswechsel 2011/2012 durchgeführte Konjunkturumfrage zeigt ein positives Bild der wirtschaftlichen Entwicklung des letzten Jahres. Aufgrund der vorherrschenden Wachstumsrisiken ist der IHK-Konjunkturklimaindikator im Jahresverlauf allerdings von seinem Höchststand Ende 2010 moderat gesunken. Insbesondere die Industrie hat durch einen gestiegenen Auslandsumsatz von der weltwirtschaftlichen Belebung im Jahr 2011 profitieren können. Daneben verbesserte sich die Situation im Einzelhandel durch ansteigende Konsumausgaben im Inland deutlich.

Weniger optimistisch beurteilt das Baugewerbe zum Jahresende 2011 die aktuelle Lage, da sich hier die auslaufenden Konjunkturprogramme und die angespannte Haushaltslage der öffentlichen Hand belastend auswirken.

Für 2012 wird von zwei Dritteln der befragten Unternehmen eine gleichbleibende Entwicklung des Wirtschaftsverlaufs erwartet, während sich bei den übrigen Unternehmen die positiven und

negativen Erwartungen annähernd die Waage halten.

Ausgehend von diesen Erwartungen wird mit einer intakten Investitionstätigkeit und trotz erkennbaren Fachkräftemangels mit weiterhin positiven Effekten für den regionalen Arbeitsmarkt gerechnet.

Zinsen im Euroland

Aufgrund der überraschend robusten wirtschaftlichen Entwicklung im ersten Halbjahr 2011 hob die EZB den Leitzins in zwei Schritten bis Juli um 0,50 Prozentpunkte auf 1,50 % an. Die konjunkturelle Abkühlung im Verlauf des zweiten Halbjahres veranlasste die EZB zu einer Trendwende und zwei Zinssenkungen bis auf 1,00 % im November und Dezember 2011. Neben der Fortsetzung ihrer Politik sehr niedriger Zentralbankzinsen nutzte die EZB erneut die im Jahr 2009 erstmals eingeführten Sonderregelungen zur Zuteilung von Zentralbankgeld sowie den Ankauf europäischer Staatsanleihen zur Stabilisierung der Zinsmärkte. Dennoch herrschte im Jahresverlauf eine hohe Volatilität und während der Interbankentagesgeldsatz im Vorjahresvergleich nahezu unverändert notierte, gingen die längerfristigen Zinssätze per saldo zum Jahresende zurück. Vor dem Hintergrund der Staatsanleihenkrise kam es jedoch zu deutlich unterschiedlichen Entwicklungen zwischen den einzelnen Ländern. Insbesondere die europäischen Peripheriestaaten mussten erneut steigende Risikoaufschläge gegenüber deutschen Staatsanleihen akzeptieren.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2011

Novellierung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Am 15.12.2010 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die dritte Novelle der MaRisk veröffentlicht.

EU-Bankenrichtlinie und Kapitaladäquanzrichtlinie (CRD II)

Wesentlicher Bestandteil der Änderungen der europäischen Banken- und Kapitaladäquanzrichtlinie ist unter anderem die Erfassung von Konzentrationsrisiken bei Großkreditpositionen. Insbesondere die Regelungen zur Zusammenfassung von Kreditnehmereinheiten zu Risikoeinheiten wurden deutlich erweitert.

Eckpunkte der zukünftigen Regelungen durch Basel III

Durch Basel III werden die Anforderungen an das haftende Eigenkapital verschärft. Weiterhin werden die Liquiditätsdeckungskennzahl (LCR) und die Stabile Refinanzierungskennzahl (NSFR), sowie eine Kennzahl über den Verschuldungsgrad

(Leverage Ratio) erwartet. Das Regelwerk sieht für diese Änderungen eine Übergangsfrist bis Anfang 2019 vor. Die Veröffentlichung des finalen Regelwerkes wird im Verlauf des Jahres 2012 erwartet.

C. Geschäftspolitische Strategie

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die Geschäftsstrategie wird durch die Kundengeschäftsstrategie konkretisiert. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Für ausgewählte Risiken bestehen die Teilstrategien (Adressenausfallrisiko-, Marktpreisrisiko-, Liquiditätsrisiko-, Beteiligungsrisikostrategie und Strategie für operationelle Risiken). Sie sind Bestandteile der Risikostrategie und wurden ebenfalls überprüft und aktualisiert. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

D. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs

Die Sparkasse Münsterland Ost hat sich auch im Geschäftsjahr 2011 als starker Partner ihrer Privat- und Firmenkunden im Münsterland bewährt. Gerade die Markt- und Kundenkenntnisse der Sparkasse vor Ort und die Nähe zu den Menschen bilden das Vertrauensfundament, auf dem auch in einem schwierigen globalen Umfeld die Zukunft in der Region erfolgreich gestaltet werden kann.

1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme stieg im Jahr 2011 um 100,5 Mio. EUR bzw. 1,2 % auf 8.264,0 Mio. EUR. Das aus Kundenaktiva, Kundenpassiva, Eventualverbindlichkeiten, unwiderruflichen Kreditzusagen und den Kundenbeständen im Wertpapiergeschäft bestehende Geschäftsvolumen erhöhte sich um 379,1 Mio. EUR oder 2,7 % auf 14.318,8 Mio. EUR.

Vor dem Hintergrund der Anpassung der Asset-Allocation wurden die Bestände an

Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren um 231,3 Mio. EUR erhöht, während die Bestände der Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere um 22,3 Mio. EUR und die Forderungen an Kreditinstitute um 493,7 Mio. EUR reduziert wurden. Die Kundenforderungen stiegen um 447,4 Mio. EUR auf 5.802,1 Mio. EUR. Das Kundeneinlagengeschäft erhöhte sich um 34,1 Mio. EUR auf 5.881,9 Mio. EUR. Die Entwicklungen lagen im Kundenkreditgeschäft über und beim Kundengeldvermögen unter den im Vorjahr für das Jahr 2011 erwarteten Veränderungen.

2. Kreditgeschäft

Insgesamt verlief die Entwicklung der Forderungen an Kunden gemessen an bilanziellen Werten mit einem Zugang von 5,4 % ohne den Sondereffekt im Hinblick auf die künftigen Eigenkapitalanforderungen aus Basel III oberhalb der Planung. Die Darlehensauszahlungen belaufen sich im Jahr 2011 auf 1.024,2 Mio. EUR. Darin enthalten sind die Darlehensauszahlungen zur Finanzierung des Wohnungsbaus, die sich im Gesamtjahr um 7,5 % auf 479,9 Mio. EUR erhöhten. Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme erhöhte sich auf 70,2 % (Vorjahr 65,6 %).

Bei Privatpersonen stiegen infolge der weiterhin anhaltenden Nachfrage nach langfristigen Darlehen die Forderungen um 81,2 Mio. EUR. Die an private Haushalte ausgezahlten Darlehensmittel wiesen einen Anstieg auf 459,6 Mio. EUR aus. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen erhöhte sich das Kreditvolumen infolge der erhöhten Investitionsbereitschaft um 126,7 Mio. EUR. Die Darlehensauszahlungen an Unternehmen und Selbstständige stiegen auf 514,7 Mio. EUR.

3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag erhöhte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 209,0 Mio. EUR auf 1.454,8 Mio. EUR. Hierbei war insbesondere der Anstieg der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 231,3 Mio. EUR maßgeblich. Die Erhöhung resultierte aus der Anlage liquider Mittel. Die Bestände von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wurden um 22,3 Mio. EUR reduziert. Der Strukturanteil dieser Position am Bilanzwert der Wertpapiereigenanlagen verminderte sich insbesondere aufgrund der Erhöhung der Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren von 49,1 % auf 40,5 %.

4. Beteiligungen/Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31.12.2011 von 159,8 Mio. EUR (Vorjahr 165,6 Mio. EUR) entfiel mit 90,7 Mio. EUR auf die Beteiligung am Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und mit 37,1 Mio. EUR auf die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG. In dieser Gesellschaft wird das Engagement der Sparkassen-Finanzgruppe im Zusammenhang mit der Landesbank Berlin Holding AG gebündelt. Die Veränderung der Werte gegenüber dem Vorjahr resultierte im Wesentlichen aus einer Erhöhung der Beteiligung am SVWL um 4,6 Mio. EUR im Rahmen des Erwerbs weiterer DekaBank Anteile und einer Abschreibung auf den Wertansatz der Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Landesbank Berlin Holding AG).

5. Geldanlagen von Kunden

Die Sparkasse hatte für 2011 ein Wachstum bei den Geldanlagen – ohne Berücksichtigung von Kursveränderungen im Wertpapiergeschäft – von 2,5 % erwartet. Dieses Ziel wurde mit einem Wachstum von 0,2 % nicht erreicht. Die Sparkasse wuchs im Mengengeschäft, Mittelabflüsse waren bei institutionellen Kunden zu verzeichnen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden einschließlich der begebenen Schuldverschreibungen konnten um 34,1 Mio. EUR oder 0,6 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Aktuell verfügt die Sparkasse über einen bilanziellen Einlagenbestand von 5.881,9 Mio. EUR. In Summe wiesen die Sparkassenbriefe, Hypotheken-Namenspfandbriefe und Inhaberschuldverschreibungen einen Anstieg von 99,3 Mio. EUR und die Sichteinlagen von 79,1 Mio. EUR auf. Der Spareinlagenbestand ging um 49,8 Mio. EUR und der Bestand der Termineinlagen um 94,4 Mio. EUR zurück.

6. Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute verminderten sich insbesondere durch die Anlage freier liquider Mittel in Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren um 493,7 Mio. EUR oder 43,6 % auf 639,0 Mio. EUR. Der Bestand setzte sich hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven, kurzfristigen Geldanlagen und Namensschuldverschreibungen zusammen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verminderten sich um 136,5 Mio. EUR auf 1.475,0 Mio. EUR. Bei diesen Beständen handelt es sich um langfristige Weiterleitungsdarlehen, Sparkassenbriefe, Hypotheken-Namenspfandbriefe und Positionen in Geldmarktgeschäften.

7. Dienstleistungsgeschäft

Im Jahr 2011 wurden insgesamt 6.522 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von 142,5 Mio. EUR abgeschlossen. Mit diesem Ergebnis konnten wir an die guten Vertriebsleistungen der Vorjahre anknüpfen.

Das Wertpapiergeschäft wurde im Jahr 2011 von der Verschärfung der Finanzmarktkrise und den damit verbundenen Verwerfungen an den Kapital- und Aktienmärkten geprägt. Trotz der erschwerten Rahmenbedingungen war das Jahr insgesamt erfolgreich. Das Wertpapiergeschäft stellte somit eine der tragenden Säulen im Dienstleistungsgeschäft dar. Der Absatzschwerpunkt lag im Jahr 2011 im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere.

Der Absatz von Sach- und Lebensversicherungen über die S Versicherungs-GmbH, Münster, konnte auch im Jahr 2011 weiter verstärkt werden. Diese Absatzentwicklung spiegelt sich insbesondere in der weiteren Steigerung des Verkaufs von fondsgebundenen Rentenversicherungen wider. Der in den Jahren 2009 und 2010 durch die Situation am Kapitalmarkt geförderte hohe Absatz von kapitalbildenden Rentenversicherungen gegen Einmalbeträge konnte dadurch kompensiert werden.

Die S Immobilien GmbH, Münster, konnte die Anzahl der Immobilienvermittlungen gegenüber dem Vorjahr nochmals steigern. Aufgrund der sehr großen Nachfrage bei der Vermarktung von Bauträgermaßnahmen und insbesondere Gebrauchtimmobilien war das Jahr 2011 erneut erfolgreich.

8. Investitionen

Die Filiale Ahlen Hansaplatz wurde im ersten Quartal 2011 am neuen Standort eröffnet. Aufgrund des geänderten Kundenverhaltens und zur Aufrechterhaltung der Präsenz vor Ort wurden die Filialen Münster Aaseestadt, Münster Hoher Heckenweg, Münster Angelmöde-Waldsiedlung, Oelde Geiststraße und Ahlen Beckumer Straße in Selbstbedienungsstandorte umgewandelt. Darüber hinaus wurden in diversen Filialen Investitionen zur Optimierung der Sicherheit vorgenommen.

9. Personalbericht

Im Jahr 2011 beschäftigte die Sparkasse im Jahresdurchschnitt einschließlich der Aushilfen 1.464 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 1.466), davon 431 Teilzeitkräfte und 121 Auszubildende.

Unsere Ausbildungsarbeit ist die entscheidende Basis, den alljährlichen Bedarf an qualifizierten Nachwuchskräften bestmöglich zu decken. Daher hat die Sparkasse ihr bereits

überdurchschnittliches Ausbildungsengagement nochmals erhöht. Ende 2011 befanden sich 149 junge Menschen in der Berufsausbildung zur Bankkauffrau bzw. zum Bankkaufmann. Die Ausbildungsquote stieg auf über 11 %, womit die Sparkasse zu den ausbildungsintensivsten Betrieben in der Region gehörte.

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen spielten auch im Jahr 2011 eine große Rolle, denn sie sind ein maßgeblicher Motor des Sparkassenerfolgs. So wurden 1.009 TEUR (Vorjahr 910 TEUR) in die Mitarbeiterbildung investiert. Schwerpunkte bildeten neben Nachwuchs- und Förderprogrammen zahlreiche Schulungen und Trainings zur weiteren Stärkung der Beratungs- und Führungskompetenz.

Das Ziel, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, wurde auch im Jahr 2011 durch zahlreiche Aktivitäten konsequent verfolgt. Als besondere Maßnahme wurde eine betriebliche Ganztagespflege für Mitarbeiterkinder unter drei Jahren personell und organisatorisch vorbereitet. Seit Anfang Januar 2012 können unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Angebot nutzen. Darüber hinaus wurde das betriebliche Gesundheitsmanagement durch gezielte Aktivitäten, die großen Anklang fanden, weiter ausgebaut.

E. Darstellung und Analyse der Lage

1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung eines Teils des Bilanzgewinns 2010. Insgesamt wies die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2011 ein Eigenkapital von 416,5 Mio. EUR (vor Gewinnverwendung; Vorjahr 401,4 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügte die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. Die Eigenkapitalanforderungen des KWG wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel, bezogen auf die Gesamtsumme aus den Anrechnungsbeträgen für Adressenausfall-, operationelle und Marktpreisrisiken, übertraf am 31.12.2011 mit 13,44 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % nach der Solvabilitätsverordnung. Die Sparkasse wies damit eine ausreichende Kapitalbasis auf.

2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der Bundesanstalt

für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in erforderlicher Höhe geführt. Die eingeräumten Kredit- und Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank und der WestLB AG wurden teilweise in Anspruch genommen. Ein Spitzenausgleich erfolgte durch Tagesgeldaufnahmen bzw. Tagesgeldanlagen bei anderen Kreditinstituten.

3. Ertragslage

Zur Analyse der Ertragslage wurde für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung wurden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Auf dieser Basis betrug das Betriebsergebnis vor Bewertung im Jahr 2011 1,38 % der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2011. Im Vergleich mit den Großsparkassen

im Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und den Sparkassen im SVWL wurde damit ein überdurchschnittlicher Wert erzielt. Dies galt auch für die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzten Zielgrößen Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen). Im Jahr 2011 haben sich diese wie folgt entwickelt: Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (bezogen auf das offen ausgewiesene Kapital zum Jahresbeginn) lag mit 15,7 % über dem Planwert von 9,8 %. Bei der Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität wurde der Effekt aus der Auflösung von Vorsorgereserven nach § 340f HGB eliminiert, um ein reales Bild der Unternehmensentwicklung ohne Sondereffekte aus Basel III zu zeigen. Das Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen blieb mit einem Wert von 53,3 % (Vorjahr 52,9 %) nahezu konstant. Das Unternehmensziel für 2011 von 53,8 % konnte unterschritten werden.

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Dabei ist zu beachten, dass die Erträge und Aufwendungen nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt sind.

	2011	2010	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Zinsüberschuss	177,2	188,6	-11,4	-6,0
Provisionsüberschuss	50,9	46,4	4,5	9,7
Nettoaufwand des Handelsbestands	0,1	0,2	-0,1	-50,0
sonst. betriebliche Erträge	6,6	10,5	-3,9	-37,1
Personalaufwand	80,7	81,1	-0,4	-0,5
anderer Verwaltungsaufwand	48,8	45,7	3,1	6,8
sonst. betriebliche Aufwendungen	13,1	12,5	0,6	4,8
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	92,0	106,0	-14,0	-13,2
Ertrag/Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	166,8	-22,0	188,8	-
Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	205,0	16,0	189,0	-
Ergebnis vor Steuern	53,8	68,0	-14,2	-20,9
Steueraufwand	34,7	52,0	-17,3	-33,3
Jahresüberschuss	19,1	16,0	3,1	19,4

Zinsüberschuss: GuV-Posten Nr. 1 bis 4
 Provisionsüberschuss: GuV-Posten Nr. 5 und 6
 sonstige betriebliche Erträge: GuV-Posten Nr. 8 und 20
 sonstige betriebliche Aufwendungen: GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 21
 Ertrag bzw. Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge: GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Der Zinsüberschuss verminderte sich um 6,0 % auf 177,2 Mio. EUR. Ursächlich waren einmalige aperiodische Zinsaufwendungen. Nach den Werten des Betriebsvergleichs ergibt sich ein Rückgang um 1,6 %.

Der Provisionsüberschuss lag insbesondere aufgrund höherer Erträge aus dem Giroverkehr und aus Vermittlungsgeschäften um 9,7 % über dem Vorjahreswert.

Die Personalaufwendungen verminderten sich trotz Belastung aus der Tarifierhöhung für 2011 um 0,5 % auf 80,7 Mio. EUR. Nach den Werten des Betriebsvergleichs ist der Personalaufwand nahezu unverändert. Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 6,8 %.

Der Ertrag aus Bewertung und Risikovorsorge wurde mit 166,8 Mio. EUR (Vorjahr –22,0 Mio. EUR) ausgewiesen. Die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr resultiert insbesondere aus der Auflösung von Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft hat sich erfreulich entwickelt und die Auswirkungen der Belastungen im Wertpapiergeschäft sind überschaubar. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde mit weiteren 205,0 Mio. EUR dotiert. Der Jahresüberschuss betrug 19,1 Mio. EUR. Damit wurde der Vorjahreswert um 3,1 Mio. EUR übertraffen.

F. Risikoberichterstattung

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Das Bankgeschäft besteht zu einem wesentlichen Teil aus dem bewussten Eingehen von Risiken. Risiken werden eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Risikostrategie die Rahmengrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. In der Risikostrategie ist festgelegt, Risiken bei günstigem Chance-Risiko-Profil einzugehen und bei ungünstigerem Chance-Risiko-Profil für eine Kompensation oder Verminderung von Risiken zu sorgen. Risiken mit vertretbarem potenziellen Schaden werden akzeptiert. Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse, Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken und Liquiditätsrisiken, wurden die Teilrisikostrategien aktualisiert. Für

operationelle Risiken wurde erstmals eine Teilrisikostrategie formuliert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitiges Ergreifen von Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird permanent weiterentwickelt.

Aus der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse wird laufend ein Gesamttriskolimit zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der GuV- und vermögenswertorientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Gesamttriskolimit gegenübergestellt, so dass eine Auslastungsquote ermittelt wird. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Gesamttriskolimits begrenzt und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des unter Berücksichtigung eines Mindest-Solvabilitätskoeffizienten festgelegten Gesamttriskolimits. Darüber hinaus werden aus dem Gesamttriskolimit Einzellimite für einzelne Risikoarten bzw. -gruppen in der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Der Verwaltungsrat der Sparkasse nimmt die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand der Sparkasse ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Für alle risikorelevanten Geschäfte ist bis in die Ebene des Vorstands eine funktionale Trennung zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Damit wird der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in den MaRisk geforderten Funktionstrennung Rechnung getragen. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu

bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Dienstanweisungen festzulegen.

Im Zusammenhang mit der Emission von Hypotheken-Namenspfandbriefen wurde ein Risikomanagementsystem nach § 27 PfandBG installiert. Die Regelungen zu den mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken sind in das Risikohandbuch der Sparkasse integriert worden und werden mindestens einmal jährlich überprüft.

3. Risikomanagementprozess

Der Risikomanagementprozess der Sparkasse umfasst die Einzelschritte Risikoerkennung, Risikobewertung, Risikomessung, Risikoberichterstattung, Risikosteuerung und Risikokontrolle. Im Rahmen einer Risikoinventur werden jährlich alle auf die Geschäfts- und Funktionsbereiche der Sparkasse einwirkenden Risiken ermittelt. Über eine Risikobewertung werden die wesentlichen Risiken der Sparkasse gewichtet. Die Bewertung erfolgt anhand einer Risikokennzahl, die durch Multiplikation von Kennzahlen zur Eintrittswahrscheinlichkeit, Bedeutung und Beherrschbarkeit des Risikos ermittelt wird. Nach der Höhe der Risikokennzahl richtet sich die Einordnung des jeweiligen Risikos in eine Risikoklasse. Die Risikoklasse bestimmt den Umfang der notwendigen Maßnahmen zur Beobachtung und Steuerung des jeweiligen Risikos. Die Risikobewertung erfolgt unter Berücksichtigung von Risikokonzentrationen. Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken in zwei sich ergänzenden Konzepten:

- In der handelsrechtlichen Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den Jahresüberschuss der Sparkasse hat.
- Die betriebswirtschaftliche, d. h. vermögenswertorientierte Betrachtung ermittelt einen Risikowert, der innerhalb eines festgelegten Zeitraums und mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird.

Daneben werden die aufsichtsrechtlichen Relationen als strenge Nebenbedingung ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird laufend ein Gesamtrisikolimit festgelegt. Auf das Gesamtrisikolimit werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angeordnet. Mit Hilfe der handelsrechtlichen und ökonomischen Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Gesamtrisikolimits jederzeit sowohl aus dem handelsrechtlichen Ergebnis als auch aus vorhandenem Vermögen der Sparkasse getragen werden kann. Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig

Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Im Jahr 2011 wurden relevante Risikokonzentrationen in den Bereichen Ertragskonzentrationen, Marktpreisrisiken und Adressenausfallrisiken identifiziert und in den Stresstests berücksichtigt. Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand der Sparkasse regelmäßig unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben der MaRisk schriftlich berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Dienst- anweisungen beschrieben. Die Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Innenrevision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerter Bereiche. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral vom Risikokoordinator überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Der Risikokoordinator ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

5.1 Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Das Adressenausfallrisiko beinhaltet im Allgemeinen die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsveränderungen und/oder des Ausfalls eines Geschäftspartners Verluste entstehen. Das Adressenausfallrisiko betrifft im Speziellen bilanzwirksame Forderungen in Form von Krediten. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken hat der Vorstand der

Sparkasse eine gesonderte Adressenausfallrisikostrategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Strategie werden Ziele zur Verbesserung der Risikoposition festgelegt, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen und Strukturvorgaben für das Kreditneugeschäft betreffen. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Den Schwerpunktbereich bilden die Ausleihungen an Dienstleistungs- und Handelsunternehmen sowie an das verarbeitende Gewerbe.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenausfallrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt. Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden auf der Grundlage ratingbasierter Ausfallwahrscheinlichkeiten und der vom Kunden gestellten Sicherheiten sowohl erwartete als auch unerwartete Verluste im Kreditgeschäft berechnet. Mit Hilfe dieser Informationen werden die Veränderungen des Kreditportfolios monatlich analysiert. Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer mit erhöhten Risiken setzen wir das „OSPlus-Frühwarnsystem“ ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzeptes betreut (Problemkredite). In unseren Dienstanweisungen haben wir Kriterien festgelegt, auf deren Grundlage die für die Kreditweiterbearbeitung zuständigen Stellen die Kreditengagements zu ermitteln haben, für die Risikovorsorgemaßnahmen in Form von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen erforderlich sind. Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und

Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Im Rahmen der Risikoberichte wird der Vorstand vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limitsysteme und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2011 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung. Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen.

5.2 Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Die Adressenausfallrisiken der Beteiligungen werden gesondert untersucht. Zur Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsunternehmen werden jährlich die Jahresabschlüsse ausgewertet und beurteilt. Die aus der Beteiligung am SVWL stammenden Risiken durch die (indirekte) Haftung für die Abwicklungsanstalt der WestLB AG und durch die Entwicklung der WestLB AG beziehen wir in unser Risikomanagement ein. Der Buchwert der Beteiligung am SVWL entspricht den Anschaffungskosten und wird zum Stichtag 31.12.2011 unverändert beibehalten.

5.3 Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten.

5.3.1 Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse Emittentenlimite fest. Darüber hinaus existiert ein übergreifendes Limit für die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften und auch für nicht bilanzwirksame Zahlungsansprüche (z. B. derivative Finanzinstrumente). Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Für die direkt gehaltenen Wertpapiere ist ein Mindestrating nach Moody's von Baa3 und nach Standard & Poor's von BBB- erforderlich. Für die im Wertpapier-Spezialfonds gehaltenen Anlagen sind grundsätzlich Anlagerichtlinien festgelegt worden, die insbesondere das Anlageuniversum, die Volumina für Einzelinvestments sowie bei Rentenfonds die erlaubten Ratingstrukturen

definieren. Für Investitionen in internationale Unternehmensanleihen wurden in begrenztem Umfang Mandate erteilt, in denen auch Anlagen unterhalb der Ratingstufen Baa3 (Moody's) bzw. BBB- (Standard & Poor's) getätigt werden dürfen. Darüber hinaus wird der Geschäftsumfang durch die vorgegebene Marktpreisrisikostrategie und durch Rahmegrundsätze begrenzt.

Zum 31.12.2011 wurden keine Finanzanlagen in Staatsanleihen der PIIGS-Staaten gehalten. Anleihen von Kreditinstituten und Unternehmen aus Italien, Spanien und Irland sind mit einem Kurswert von 34,0 Mio. EUR im Bestand.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen.

5.3.2 Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt und die erzielten Handelsergebnisse werden bestimmt. Zusätzlich wird das potenzielle Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Der Ermittlung liegt eine Vergangenheitsbetrachtung zugrunde, die es erlaubt, den Risikokurs anzugeben, der mit einer 95 %igen Wahrscheinlichkeit bei einer 250-Tage-Haltdauer nicht unterschritten wird. Im Rahmen der Überwachung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden sowohl das bereits erzielte Handelsergebnis als auch das Verlustrisiko berücksichtigt. Die Risikoparameter werden mindestens jährlich einem Backtesting unterzogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird im Controlling mit Hilfe des Systems SimCorp Dimension wahrgenommen. Es wird täglich geprüft, ob sich die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken innerhalb der handelsrechtlichen und ökonomischen Limite bewegen. Darüber hinaus werden in der Risikotragfähigkeitsrechnung Einzellimite als Teilbeträge des Risikobudgets vergeben. Bei Überschreitung von Limiten bzw. der Frühwarn Grenzen ist vorgesehen, dass der Gesamtvorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Marktpreisrisiken entscheidet.

Die Funktionstrennung ist nach den Vorgaben der MaRisk bis in die Ebene des Vorstands vollzogen. Der Überwachungsvorstand wird täglich über die Ergebnisse und die Risikosituation informiert. Der Überwachungsvorstand unterrichtet den Gesamtvorstand regelmäßig über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken an den Kapitalmärkten bewegten sich in Summe unter den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Limiten.

5.4 Zinsänderungsrisiken

Als Zinsänderungsrisiko wird das Risiko von Wertveränderungen der verzinslichen Vermögenspositionen und Verbindlichkeiten infolge von Marktzinsänderungen definiert. In der handelsrechtlichen Sichtweise hat das Zinsänderungsrisiko Einfluss auf den Zinsüberschuss und die Bewertung von Wertpapieren. In der ökonomischen Betrachtung wird die Wertveränderung infolge von Zinsveränderungen der gesamten verzinslichen Vermögensposition analysiert. Die Risikoermittlung in der vermögenswertorientierten Risikotragfähigkeitsbetrachtung erfolgt mittels Value-at-Risk-Verfahren auf Basis historischer Marktzinsveränderungen. Die quartalsweise durchgeführte handelsrechtliche Rechnung ermittelt das Zinsüberschussrisiko auf Grundlage eines rollierenden 12-Monats-Zeitraumes unter Berücksichtigung eines veränderten Kundengeschäftswachstums, sich ändernder Zinselastizitäten sowie alternativer Marktzinsentwicklungen. Die ermittelten Risikobeträge werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung mit weiteren Risikoarten zum Gesamtrisiko addiert. Die vermögenswertorientierten und handelsrechtlichen Ergebnisgrößen werden mittels einer quartalsweisen Simulationsrechnung unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien und Risikoniveaus einander gegenübergestellt. Anhand dieser Berechnungen werden für die Sparkasse besonders belastende bzw. günstige Konstellationen ermittelt. Die Ergebnisse fließen parallel in die Überlegungen zur Disposition des Zinsbuches ein. Über die Entwicklung der Zinsänderungsrisiken wird der Gesamtvorstand mindestens vierteljährlich unterrichtet.

Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden neben bilanzwirksamen Instrumenten auch Zins-Swaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss). Zusätzlich ermittelt die Sparkasse die Auswirkungen eines Zinsschocks auf den Zinsbuchbarwert gemäß den Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Nach Anpassung der Berechnungsparameter durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht auf +/- 200 bp per 09.11.2011 hat die Sparkasse den Aufsichtsbehörden eine Überschreitung der 20 %-Meldegrenze per 31.10.2011 angezeigt. Ende November 2011 lag die Kennzahl wieder unter dem Schwellenwert.

5.5 Liquiditätsrisiken

Unter dem Liquiditätsrisiko wird im Allgemeinen die Gefahr verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann oder erhöhte Kosten aus der Liquiditätsbeschaffung entstehen. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse Münsterland Ost war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die

Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht lag zu jedem Zeitpunkt über dem Mindestwert von 1,0. Per Stichtag 31.12.2011 verzeichnete die Liquiditätskennzahl einen Wert von 1,62. Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität werden monatlich die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen der Sparkasse mit Fälligkeit innerhalb des nächsten Jahres in der Liquiditätsübersicht gegenübergestellt. Zusätzlich wird die Streuung der Liquiditätsquellen mindestens vierteljährlich überprüft und werden die Liquiditätsressourcen der Sparkasse in der Liquiditätsliste erfasst. Zur täglichen Liquiditätsüberwachung wird ein Liquiditätsfrühindikator eingesetzt, der kurzfristige Geldaufnahmen dem Dispositionsspielraum im Bundesbankpfanddepot gegenüberstellt. Die Sparkasse trägt der zunehmenden Bedeutung des Liquiditätsrisikos mit umfangreichen Regelungen und Maßnahmen Rechnung.

5.6 Operationelle Risiken

Als operationelles Risiko wird die Gefahr von Verlusten definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Prozessen (fehlende Dienstanweisungen, unvollständige Reportinglinien, mangelhafte interne Kontrollen), Menschen (Betrug, Fehler von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ungenügend qualifiziertes Personal), Systemen (Systemabstürze, mangelnde Datensicherheit und -integrität) oder aufgrund externer Einflüsse (Terroranschläge, Naturkatastrophen, rechtliche Risiken) eintreten. Zur Steuerung dieser betrieblichen Risiken dienen die Strategie für operationelle Risiken, Dienstanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert. Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Innenrevision geprüft wird. Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Es ist geregelt, dass

bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk ad hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden. Mit Hilfe eines DSGVO-Tools wurden die operationellen Risiken für die Risikotragfähigkeit quantifiziert.

6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Aufgrund der systematischen Aufarbeitung der Risiken im Geschäftsbetrieb der Sparkasse, deren Klassifizierung, Bewertung und Berichtsintensität, die sich an der Bedeutung des Einzelrisikos orientiert, erhält die Sparkasse einen Überblick über die Gesamtrisikostuktur. Die Sparkasse hat auch im Jahr 2011 ihr Risikomanagement permanent und systematisch ausgebaut. Insbesondere wurde im Jahr 2011 der Strategieprozess im Rahmen des laufenden MaRisk-Umsetzungsprojektes überarbeitet. Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von drei Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse Münsterland Ost ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet. Die Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und der Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeitsrechnungen und das Risikomonitoring der Sparkasse zeigen, dass die Risikotragfähigkeit sowohl bei der handelsrechtlichen als auch der ökonomischen Betrachtung uneingeschränkt gegeben war und ist. Dieses gilt auch für die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Einzellimite.

G. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

H. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Chancen- und Risikobericht)

1. Geschäftsentwicklung

Für das Jahr 2012 gehen wir von einer leichten Abwärtsbewegung in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus. Trotz dieser Entwicklung rechnen wir für 2012 bei einer entsprechenden Kreditnachfrage mit einem Wachstum der in der aktiven Betreuung liegenden Kreditbestände von 2,0 %. Der Anteil der bilanziellen Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme wird sich nicht wesentlich verändern. Im gewerblichen Kreditgeschäft und auch im Kreditgeschäft mit Privatkunden gehen wir von einem Wachstum von 2,0 % für 2012 aus. Das Wachstum im Kreditgeschäft mit Privatpersonen wird im langfristigen Kreditgeschäft, insbesondere im privaten Wohnungsbau, erwartet. Für das Jahr 2013 gehen wir ebenfalls von einer Ausweitung der Kreditbestände aus.

Im Einlagengeschäft setzt sich der über Konditionen geführte Wettbewerb fort. Die Sparquote wird sich im Jahr 2012 voraussichtlich leicht vermindern. In Anbetracht dieses Umfelds wollen wir mit der an den Kundenbedürfnissen ausgerichteten ganzheitlichen Beratung sowie dem umfassenden Produktangebot und der fortwährenden Marktbeobachtung Kundengelder halten und hinzugewinnen. Insgesamt erwarten wir für 2012 ein Wachstum der Kundengeldanlagen (inklusive Wertpapieren, ohne Kurswertveränderungen) von 2,0 %. Für das Jahr 2013 ist mit einer ähnlichen Entwicklung zu rechnen.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für 2012 und 2013 von nahezu unveränderten Rahmenbedingungen aus. Bei der Bilanzsumme erwarten wir für die beiden Folgejahre einen Anstieg auf ca. 8.400 Mio. EUR bzw. 8.500 Mio. EUR.

2. Finanzlage

Im Jahr 2012 wird die Hauptstelle Ahlen umgebaut. Das Investitionsvolumen beträgt voraussichtlich 2,3 Mio. EUR. Für 2013 sind – wie im Vorjahr auch – regelmäßige Modernisierungen der Filialen vorgesehen. Darüber hinaus sind derzeit keine größeren Investitionen geplant.

3. Ertragslage

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung wird insbesondere durch den Zinsüberschuss geprägt. Der Zinsüberschuss wird durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt beeinflusst. Insofern ist die weitere Entwicklung der Zinsstrukturkurve von Bedeutung.

Chancen bestehen insbesondere in einer weiter anhaltend steilen Zinsstrukturkurve mit der damit verbundenen Möglichkeit, Erträge aus Fristentransformation zu erzielen. Eine stärkere Verflachung der Kurve hätte dagegen schmälernde Auswirkungen auf den Zinsüberschuss der Sparkasse.

Wir erwarten aufgrund des intensiven Wettbewerbs im Kreditgewerbe rückläufige Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft.

Aus den genannten Effekten resultiert insgesamt für die kommenden zwei Jahre voraussichtlich ein Zinsüberschuss auf konstantem Niveau.

Im Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem Rückgang von 3,5 Mio. EUR, insbesondere im Vermittlungs- und Wertpapiergeschäft, aus. Für 2013 rechnen wir mit einem ähnlichen Provisionsüberschuss wie im Jahr 2012.

Die Verwaltungsaufwendungen auf Basis des Betriebsvergleichs werden nach unseren Planungen um bis zu 2,3 % im Jahr 2012 steigen. Für das Jahr 2013 erwarten wir konstante Aufwendungen. Aufgrund der kalkulierten Tarifabschlüsse wird sich trotz eines leicht verringerten Personalbestands ein Personalmehraufwand auf Basis von Betriebsvergleichszahlen von 3,2 % im Jahr 2012 bzw. 1,0 % im Jahr 2013 ergeben. Mittels weiterer Anstrengungen im Sachkostenbereich soll die Ausweitung der Kosten begrenzt werden und der Sachaufwand nur moderat steigen. Insgesamt erwarten wir für 2012 und 2013 einen relativ konstanten Sachaufwand.

Infolge der ggf. noch zu erwartenden Auswirkungen der Finanz- und Eurokrise in Verbindung mit steigenden Geld- und Kapitalmarktzinsen haben wir derzeit ein negatives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft in unserer Unternehmensplanung berücksichtigt. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Wir rechnen im Jahr 2012 für die Kreditbranche und damit auch für die Sparkasse aufgrund der zeitversetzten Wirkung der Staatsschuldenkrise mit einem Anstieg des Bewertungsaufwandes im

Kreditgeschäft. Für das Jahr 2013 ist mit einer ähnlichen Entwicklung zu rechnen. Insgesamt resultiert hieraus ein über dem Niveau des Jahres 2011 liegender Bewertungsaufwand.

Die künftigen Gewinne der Sparkasse werden nach aktuellem Kenntnisstand durch die Ansparleistungen für die indirekte Haftung für die Abwicklungsanstalt der WestLB AG in den nächsten 23 Jahren mit durchschnittlich 6,1 Mio. EUR pro Jahr belastet.

Die Sparkasse Münsterland Ost richtet sich an den in der „Geschäftsstrategie der Sparkassen“ des DSGV definierten Zielgrößen (u. a. Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio) aus. Für 2012 erwarten wir gemäß dieser Definition eine Eigenkapitalrentabilität von 8,1 %. Diese liegt oberhalb des in der DSGV-Strategie genannten Orientierungswertes. Für das Jahr 2013 erwarten wir derzeit einen niedrigeren Wert der Eigenkapitalrentabilität als im Jahr 2012. Bei der CIR erwarten wir für 2012 ein Verhältnis von 55,3 % und für 2013 einen leicht höheren Wert.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Das geplante Wachstum kann mit einer weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden.

AKTIVSEITE
JAHRESBILANZ ZUM

	EUR	EUR	EUR	31.12.2010 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		30.107.648,34		30.781
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		145.091.207,17		198.020
			175.198.855,51	228.801
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		–,—		–
b) Wechsel		–,—		–
			–,—	–
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		87.912.385,03		188.971
b) andere Forderungen		551.060.302,03		943.690
			638.972.687,06	1.132.661
4. Forderungen an Kunden			5.802.050.251,15	5.354.732
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	2.997.621.870,17 EUR			(2.907.594)
Kommunalkredite	301.841.495,67 EUR			(198.033)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	–,—			–
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–,— EUR			(–)
ab) von anderen Emittenten	–,—			–
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–,— EUR			(–)
		–,—		–
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	485.818.803,92			185.624
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	485.818.803,92 EUR			(185.624)
bb) von anderen Emittenten	364.021.387,37			432.906
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	364.021.387,37 EUR			(432.906)
		849.840.191,29		618.530
c) eigene Schuldverschreibungen		15.630.223,08		15.690
Nennbetrag	15.217.900,00 EUR			(15.224)
			865.470.414,37	634.220
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			589.336.689,63	611.559
6a. Handelsbestand			–,—	–
7. Beteiligungen			139.781.480,44	145.010
darunter:				
an Kreditinstituten	1,00 EUR			(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten	6.205.311,22 EUR			(6.205)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			20.026.867,09	20.599
darunter:				
an Kreditinstituten	–,— EUR			(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–,— EUR			(–)
9. Treuhandvermögen			1.316.329,30	1.879
darunter:				
Treuhandkredite	1.316.329,30 EUR			(1.879)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			–,—	–
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		–,—		–
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		364.504,00		441
c) Geschäfts- oder Firmenwert		–,—		–
d) geleistete Anzahlungen		–,—		–
			364.504,00	441
12. Sachanlagen			19.172.589,79	17.941
13. Sonstige Vermögensgegenstände			4.607.484,35	6.627
14. Rechnungsabgrenzungsposten			7.746.879,91	9.030
Summe der Aktiva			8.264.045.032,60	8.163.502

	EUR	EUR	EUR	31.12.2010 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		281.754.396,28		141.809
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.193.242.973,05		1.469.684
			1.474.997.369,33	1.611.493
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.458.437.901,10			1.537.008
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	168.091.549,65			139.346
		1.626.529.450,75		1.676.354
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	2.941.894.158,68			2.862.772
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.173.898.200,76			1.099.723
		4.115.792.359,44		3.962.495
			5.742.321.810,19	5.638.849
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		139.591.877,40		208.941
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-,-		-
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,- EUR			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- EUR			(-)
			139.591.877,40	208.941
3a. Handelsbestand			-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten			1.316.329,30	1.879
darunter: Treuhandkredite	1.316.329,30 EUR			(1.879)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			44.305.233,37	33.247
6. Rechnungsabgrenzungsposten			10.000.423,04	12.350
6a. Passive latente Steuern			-,-	-
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		27.004.081,00		26.631
b) Steuerrückstellungen		3.301.000,00		18.431
c) andere Rückstellungen		82.722.926,16		90.193
			113.028.007,16	135.254
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			101.022.868,86	104.072
10. Genussschaftskapital			-,-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,- EUR			(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			221.000.000,00	16.000
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	-,- EUR			(-)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		-,-		-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	397.405.822,09			385.379
cb) andere Rücklagen	-,-			-
		397.405.822,09		385.379
d) Bilanzgewinn		19.055.291,86		16.036
			416.461.113,95	401.415
Summe der Passiva			8.264.045.032,60	8.163.502
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		193.639.578,77		187.677
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-,-		-
			193.639.578,77	187.677
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		281.177.124,77		246.454
			281.177.124,77	246.454

	EUR	EUR	EUR	2010 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	290.292.652,10			300.831
darunter: aus der Abzinsung der Rückstellungen	3.044,21 EUR			(2.588)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	15.145.819,33			24.624
		305.438.471,43		325.456
2. Zinsaufwendungen		155.998.487,15		161.274
darunter: aus der Aufzinsung der Rückstellungen	5.162.524,16 EUR			(2.615)
			149.439.984,28	164.182
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		22.924.473,54		22.047
b) Beteiligungen		2.590.280,42		2.113
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		2.246.237,38		250
			27.760.991,34	24.410
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			–,—	–
5. Provisionserträge		57.035.877,49		53.345
6. Provisionsaufwendungen		6.111.014,58		6.977
			50.924.862,91	46.367
7. Nettoaufwand des Handelsbestands			130.500,00	186
8. Sonstige betriebliche Erträge			6.573.984,35	9.780
darunter: aus der Fremdwährungsumrechnung	188,73 EUR			(0)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			–,—	–
			234.569.322,88	244.553
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	62.200.233,61			62.031
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	18.483.014,05			19.047
darunter: für Altersversorgung	7.198.658,25 EUR			(7.464)
		80.683.247,66		81.079
b) andere Verwaltungsaufwendungen		48.796.022,19		45.709
			129.479.269,85	126.788
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			3.795.272,76	4.116
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			9.258.942,29	5.270
darunter: aus der Fremdwährungsumrechnung	832,21 EUR			(0)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			–,—	21.366
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		176.276.435,39		–
			176.276.435,39	21.366

	EUR	EUR	EUR	2010 TEUR
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		9.483.698,63		653
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		–,—		–
			9.483.698,63	653
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			39.280,00	39
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			205.000.000,00	16.000
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			53.789.294,74	70.320
20. Außerordentliche Erträge		–,—		780
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	–,— EUR			(780)
21. Außerordentliche Aufwendungen		–,—		3.023
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	–,— EUR			(3.023)
22. Außerordentliches Ergebnis			–,—	2.243
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		34.730.057,82		52.040
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		3.945,06		2
			34.734.002,88	52.042
25. Jahresüberschuss			19.055.291,86	16.036
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			–,—	–
			19.055.291,86	16.036
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		–,—		–
b) aus anderen Rücklagen		–,—		11.869
			–,—	11.869
			19.055.291,86	27.905
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		–,—		11.869
b) in andere Rücklagen		–,—		–
			–,—	11.869
29. Bilanzgewinn			19.055.291,86	16.036

Anhang

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss zum 31.12.2011 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt.

A. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß den §§ 246 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei Neuausleihungen einbehaltene Disagien werden auf die Laufzeit von Darlehen bzw. eine kürzere Zinsbindungsdauer kapitalanteilig verteilt.

Erkennbaren Risiken aus Forderungen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die Kurswerte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip).

Unsere Wertpapiere haben wir daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist.

Für den gesamten Eigenbestand haben wir aktive Märkte festgestellt. Die Bewertung erfolgte zu den Börsen-/Marktpreisen am Abschlussstichtag.

Für Investmentfondsanteile haben wir als beizulegenden Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Finanzinstrumente des Handelsbestands

Zum Bilanzstichtag waren keine Finanzinstrumente im Handelsbestand. Der Umfang der Geschäfte und die laufenden Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands waren unwesentlich. Die Dotierung nach § 340e Abs. 4 HGB war nicht erforderlich.

Strukturierte Wertpapiere

Wir halten am Bilanzstichtag in den Portfolios unseres Wertpapier-Spezialfonds 25,1 Mio. EUR (Zeitwerte Vorjahr 27,2 Mio. EUR) strukturierte Wertpapiere, die Adressenausfallrisiken verbrieften.

Die Risiken beziehen sich auf Adressenausfallrisiken aus Immobilienfinanzierungen, Unternehmenskrediten, Unternehmensanleihen, nachrangigen Krediten und Genussscheinen.

Anteilsbesitz

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert; bei Wertminderungen werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert.

Wir haben die entgeltlich erworbene Software nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung „Bilanzierung von Software beim Anwender“ (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen.

Die Gebäude werden linear abgeschrieben. Für Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden entsprechend dem tatsächlichen Werteverzehr linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis einschließlich 60 EUR) sofort als Sachaufwand erfasst. Während geringwertige Vermögensgegenstände von über 60 EUR bis 150 EUR im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben werden, sind Vermögensgegenstände bis 1.000 EUR in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB führen wir für die bisher nach steuerrechtlichen Vorschriften bewerteten Vermögensgegenstände, die zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren, die bisherigen Wertansätze unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, erhaltene Agioerträge in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die Laufzeit planmäßig abgeschrieben bzw. vereinnahmt. Zero-Bonds werden mit dem Barwert bilanziert.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt. Pensionsrückstellungen werden – einer Restlaufzeit von 15 Jahren entsprechend – mit 5,13 % abgezinst. Die Abzinsung der übrigen Rückstellungen erfolgt mit dem der Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz. Bei Pensionsrückstellungen werden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,00 % unterstellt.

Altersteilzeitverträge wurden in der Vergangenheit auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes und ergänzender betrieblicher Vereinbarungen abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,00 % angenommen. Die Restlaufzeit der Verträge beträgt bis zu acht Jahre. Die Abzinsung erfolgt mit dem der individuellen Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz.

Verpflichtungen gemäß Artikel 28 EGHGB

Die Sparkasse Münsterland Ost ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist Mitglied der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe in Münster (kvw-Zusatzversorgung). Trägerin der kwv-Zusatzversorgung ist

die Kommunale Versorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw). Diese ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die kwv-Zusatzversorgung ist eine rechtlich unselbstständige, aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der kwv.

Aufgabe der kwv-Zusatzversorgung ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der kwv-Zusatzversorgung erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mindestens für einen zehnjährigen Zeitraum (gleitender Deckungsabschnitt) berechnet. Die kwv-Zusatzversorgung betrachtet jedoch tatsächlich versicherungsmathematisch die voraussichtliche Entwicklung in einem ewigen Deckungsabschnitt. Der Hebesatz beträgt derzeit 7,5 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Bei dauerhafter Anwendung dieses Hebesatzes können bei den zugrunde gelegten Prämissen die Verpflichtungen der kwv-Zusatzversorgung voraussichtlich dauerhaft erfüllt werden. Die an die kwv-Zusatzversorgung geleisteten Zahlungen der Sparkasse betragen 4.744 TEUR im Jahr 2011.

Wenn ein Mitglied die kwv-Zusatzversorgung verlassen will, ist eine nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der kwv-Zusatzversorgung verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2010 hätte die Ausgleichszahlung 132,7 Mio. EUR betragen. Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2011 kann von der kwv-Zusatzversorgung erst im dritten Quartal 2012 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Jahr 2011 wurden im Hinblick auf die künftigen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III dem Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB 205,0 Mio. EUR zugeführt.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente (Swaps, Termingeschäfte, Optionsgeschäfte, Futures) sind als schwebende Geschäfte in der Bilanz nicht auszuweisen. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung dem Handels- oder Anlagebuch zugeordnet.

Die derivativen Geschäfte zur Absicherung von Zinsänderungs- oder sonstigen Marktpreisrisiken werden in die Gesamtbetrachtung der jeweiligen Risikoart einbezogen und sind somit nicht gesondert zu bewerten. Die sonstigen, nicht dem Handelsbestand zugeordneten derivativen Geschäfte werden einzeln nach den handelsrechtlichen Vorschriften unter Beachtung der IDW-Stellungnahmen RS BFA 5 und RS BFA 6 bewertet. Bewertungsverluste werden zurückgestellt, Bewertungsgewinne werden nicht vereinnahmt.

Kursgewinne und -verluste sowie erhaltene und geleistete Zahlungen aus derivativen Geschäften, die bei Abschluss dem Handelsbuch zugeordnet wurden, waren unwesentlich und sind im Nettoergebnis des Handelsbestands erfasst.

Bewertung des Zinsbuchs

Im Rahmen einer periodenorientierten Betrachtung unter Beachtung der IDW-Stellungnahme ERS BFA 3 ist untersucht worden, ob sich aus der Bewertung der gesamten Zinsposition des Bankbuchs ein Verpflichtungsüberschuss ergibt. Das Bankbuch umfasst – entsprechend dem internen Risikomanagement – alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands.

Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Betrags- und Laufzeitinkongruenzen werden zum Abschlussstichtag fiktiv durch Forward-Geschäfte geschlossen. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zum 31.12.2011 zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

Die Zinsswapgeschäfte zur Steuerung der allgemeinen Zinsänderungsrisiken wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen (Zinsbuchsteuerung) und nicht gesondert bewertet.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der gegenläufigen Geschäfte vorliegt. Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, sind in geringer Höhe angefallen.

Bilanzposten, die auf fremde Währung lauten, werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten beträgt 10.894 TEUR (davon 365 TEUR Sorten) bzw. 10.529 TEUR.

B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der eigene(n) Girozentrale

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der WestLB AG, Düsseldorf, sind in den nachstehenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2011 TEUR	31.12.2010 TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	11.649	10.270
Verbindlichkeiten gegenüber		
Kreditinstituten	149.496	85.940

Wertpapiere

Aufteilung der in den nachstehenden Bilanzposten enthaltenen Wertpapiere nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren..

	insgesamt TEUR	börsennotiert TEUR	nicht börsennotiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere			
festverzinsliche Wertpapiere	865.470	842.972	22.498
Aktien und andere nicht			
festverzinsliche Wertpapiere	589.337	7.146	582.191

Spezialfonds

Die Anteile am Spezialfonds sind der Liquiditätsreserve zugeordnet.

Spezialfonds	Buchwert TEUR	Marktwert TEUR	Differenz Buchwert zu Marktwert TEUR	Ausschüttung in 2011 TEUR	tägliche Rückgabe möglich	unterlassene Abschreibung
UI-Münsterland B	673.891	682.112	8.221	22.500	ja	–

Zweck der Anlage in Spezialfonds ist die Erzielung einer überdurchschnittlichen Performance bei gleichzeitiger Risikosteuerung. Der Spezialfonds investiert überwiegend in festverzinsliche Wertpapiere.

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2011 (in TEUR)

	Sachanlagen	Immaterielle Anlagewerte	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Sonstige Vermögens- gegenstände
Anschaffungskosten	117.573	3.991	153.097	20.599	12
Zugänge	4.479	204	4.614	0	0
Abgänge	2.577	30	359	572	0
Umbuchungen	(292)	(0)	(0)	(0)	(0)
Abschreibungen 2011	(3.515)	(280)	(9.484)	(0)	(0)
Abschreibungen, kumuliert	100.594	3.800	17.571	0	0
Buchwert 31.12.2011	19.173	365	139.781	20.027	12
Buchwert 31.12.2010	17.941	441	145.010	20.599	12

Die Sachanlagen entfallen mit 3.831 TEUR auf Grundstücke und Bauten, die nicht von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzt werden, und mit 15.342 TEUR auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Treuhandgeschäfte

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten betreffen jeweils in voller Höhe die Forderungen an Kunden bzw. die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31. 12. 2011	31. 12. 2010
	TEUR	TEUR
Aktivseite		
Disagio aus Verbindlichkeiten	6.148	7.458
Agio aus Forderungen	239	294
Passivseite		
Disagio aus Forderungen	8.780	10.312
Agio aus Verbindlichkeiten	385	579

Sonstige Verbindlichkeiten

In den sonstigen Verbindlichkeiten ist ein Anteil an der Haftung für eine zusätzliche Fremdfinanzierung zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch eine Zweckgesellschaft der Sparkassenorganisation in Höhe von 20.298 TEUR enthalten.

Im Jahr 2007 hat die Sparkassenorganisation die Anteile des Landes Berlin und von Minderheitsaktionären erworben. Wir haben uns anteilig an dem Erwerb der LBBH mit einer direkten Kapitaleinlage und der Übernahme der Haftung für eine zusätzliche Fremdfinanzierung des Kaufpreises beteiligt. Der Gesamtbetrag ist unter dem Bilanzposten „Beteiligungen“ aktiviert.

Rückstellungen

Der Posten „andere Rückstellungen“ enthält einen Betrag von 18.418 TEUR für die Nachschussverpflichtungen im Rahmen der Stützungsmaßnahmen der WestLB AG an den regionalen Reservefonds des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL) und einen Betrag von 15.000 TEUR für eine mögliche Inanspruchnahme aus einer vertraglichen Vereinbarung mit einer Tochtergesellschaft über einen Ertragszuschuss.

Die Rückstellungen für Beihilfen von 1.310 TEUR werden zum 31.12.2011 im Posten „andere Rückstellungen“ ausgewiesen (Vorjahr 1.384 TEUR im Posten „Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“).

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für den folgenden Posten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	661.772 TEUR
--	--------------

Nachrangige Verbindlichkeiten**Nachrangige Verbindlichkeiten, die 10% des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen**

Betrag TEUR	Währung	Zinssatz %	fällig am	außerordentliches Kündigungsrecht
15.000	EUR	5,22	31.12.2015	nein
15.000	EUR	5,22	31.12.2015	nein
17.000	EUR	5,17	30.12.2015	nein

Nachrangige Verbindlichkeiten, die 10% des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen

Betrag TEUR	Durchschnittsverzinsung %	Laufzeit in Jahren	
		von	bis
53.000	4,91	12	12

Für die von der Sparkasse zum Zwecke der Anerkennung als haftendes Eigenkapital eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Aufwendungen von 5.176 TEUR angefallen.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten der Sparkasse können im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Sparkasse erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet werden. Sie sind für beide Vertragsparteien während der Laufzeit unkündbar. Eine Umwandlungsmöglichkeit in Kapital oder andere Schuldformen besteht nicht.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Verbundene Unternehmen	31.12.2011 TEUR	31.12.2010 TEUR
Aktivposten		
Forderungen an Kunden	31.139	31.496
sonstige Vermögensgegenstände	30	28
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23.475	16.236
sonstige Verbindlichkeiten	1	22

Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	31.12.2011 TEUR	31.12.2010 TEUR
Aktivposten		
Forderungen an Kunden	38.568	34.475
sonstige Vermögensgegenstände	58	5
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	52.651	73.215
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.000	0
sonstige Verbindlichkeiten	30	0

Fristengliederung

	mit einer Restlaufzeit von				mit unbestimmter Laufzeit	im Jahr 2012 fällig
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
<u>Aktivposten</u>						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	285.116	50.467	–	195.000		
4. Forderungen an Kunden	149.265	378.857	1.625.276	3.144.853	499.501	
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						269.553
<u>Passivposten</u>						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	337.100	107.465	284.657	441.514		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	1.604	162.447	3.858	183		
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	638.486	291.843	128.314	111.228		
3. verbrieft						
a) begebene Schuldverschreibungen						71.605
b) andere verbrieft						
Verbindlichkeiten	–	–	–	–		

Es wurde von dem Wahlrecht nach § 11 Satz 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

C. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Periodenfremde Aufwendungen

Im Rahmen der Zinsbuchsteuerung sind bei Zins-Swaps periodenfremde Vorfälligkeitsentschädigungen in Höhe von 17.227 TEUR angefallen.

D. Sonstige Angaben

Anteilsbesitz

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, da die Mehrheitsbeteiligungen von untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse sind.

Latente Steuern

Nennenswerte Unterschiedsbeträge entfallen auf folgende Bilanzposten:

Posten	Erläuterung der Differenz
Aktive latente Steuern	
Forderungen an Kunden	Vorsorgereserven
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Vorsorgereserven
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Vorsorgereserven und steuerliche Ausgleichsposten
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	Gewinnthesaurierung und steuerlich nicht zulässige Abschreibungen
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	unterschiedliche Parameter
andere Rückstellungen	unterschiedliche Parameter und handelsrechtlich bedingte Rückstellungen

Der Berechnung wurden ein Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und ein Gewerbesteuersatz von 15,67 % zugrunde gelegt. Mit Ausnahme der Differenzen bei den Personengesellschaften, für die lediglich der Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) relevant ist, macht der gesamte Ertragsteuersatz bei den übrigen Unterschieden 31,50 % aus.

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, der nicht aktiviert wurde.

Der Unterschied zwischen dem ausgewiesenen, auf der Grundlage der steuerlichen Regelungen ermittelten Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erwarteten Steueraufwand ist im Wesentlichen auf Veränderungen der Vorsorgereserven zurückzuführen.

Marktrisikobehaftete Geschäfte

Die Sparkasse hat im Geschäftsjahr und in den Vorjahren Geschäfte über derivative Finanzinstrumente abgeschlossen. Dabei handelt es sich um Zins-Swaps zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos aus dem Zinsbuch aller zinstragenden Aktiva und Passiva. Darüber hinaus werden Devisentermingeschäfte mit Kunden zur Deckung deren Bedarfs abgeschlossen. Zu den Devisentermingeschäften werden unverzüglich währungs-gleiche, fristen- und betragskongruente Gegengeschäfte durchgeführt, so dass hieraus offene Positionen in nennenswertem Umfang nicht entstehen.

Die Arten und den Umfang der derivativen Finanzinstrumente, bezogen auf die Nominalwerte zeigt, die folgende Aufstellung:

Derivative Finanzinstrumente	Nominalbeträge nach Restlaufzeiten			Nominalbeträge		
	bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	insgesamt	Kunden-geschäfte	Deckungs-geschäfte
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Währungsrisiken						
Devisentermingeschäfte	38.942	–	–	38.942	19.471	19.471
Zinsrisiken						
Zins-Swaps	465.000	1.475.000	1.280.000	3.220.000	–	3.220.000
Risiken aus Kreditderivaten						
Credit Default Swaps	–	20.461	–	20.461	11.461	9.000

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Den am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten derivativen Finanzinstrumenten sind folgende beizulegenden Zeitwerte beizumessen:

Beizulegende Zeitwerte					
Derivative Finanzinstrumente	Bilanz-posten	Buchwerte	Sicherungsgeschäfte		Kunden-geschäfte
			Deckungs-geschäfte	Bewertungs-konvention	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Währungsrisiken					
Devisentermingeschäfte	–	–	–621	–	621
Zinsrisiken					
Zins-Swaps	–	–	–	–36.651	–
Risiken aus Kreditderivaten					
Credit Default Swaps	–	–	21	–	–
	Passiva 7	195	–	–	5

Die beizulegenden Zeitwerte der Devisentermingeschäfte werden über die Bewertung fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion) mit den von Reuters veröffentlichten währungs- und laufzeitbezogenen Terminkursen ermittelt.

Über die Abzinsung der künftigen Zahlungen (Cashflows) fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion) auf den Abschlussstichtag werden die beizulegenden Zeitwerte der Zins-Swaps ermittelt (Discounted-Cashflow-Verfahren). Die Diskontierungsfaktoren werden den von Reuters veröffentlichten Zinsstrukturkurven am Markt gehandelter Zins-Swaps entnommen.

Die im Rahmen der allgemeinen Zinsrisikosteuerung abgeschlossenen Zins-Swaps bilden eine Bewertungskonvention im Zusammenhang mit den übrigen Festzinspositionen des Zinsbuches.

Den negativen beizulegenden Zeitwerten der in das Zinsbuch einbezogenen Zins-Swaps stehen nach unseren Berechnungen im Rahmen der Steuerung des Zinsänderungsrisikos entsprechend höhere Unterschiedsbeträge zwischen den ermittelten Vermögenswerten und den Bilanzwerten der zinstragenden Aktiv- und Passivposten gegenüber.

Der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der Credit Default Swaps wird die Abzinsung der künftigen Prämienzahlungen auf den Abschlussstichtag zugrunde gelegt.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Im Rahmen einer Beteiligung haftet die Sparkasse bis zu einem Höchstbetrag von 15.339 TEUR.

Außerdem bestehen aufgrund beschlossener, aber noch nicht eingeforderter Erhöhungen von Beteiligungen Einzahlungsverpflichtungen von 3.164 TEUR, davon 2.000 TEUR gegenüber verbundenen Unternehmen.

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der WestLB AG, Düsseldorf, die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der EAA von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der EAA, die nicht durch das Eigenkapital der EAA ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher besteht zum Bilanzstichtag nicht die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der WestLB AG auf die EAA verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht sammelt die Sparkasse seit dem Jahr 2010 über einen Zeitraum von 25 Jahren aus künftigen Gewinnen bis zu 152,1 Mio. EUR an. Zum 31.12.2011 hat die Sparkasse 12,0 Mio. EUR des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB für die indirekte Verlustausgleichspflicht gebunden. Im Jahr 2017 findet unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Sofern aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, werden wir eine Rückstellung bilden.

Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB

	TEUR
Abschlussprüfungsleistungen	408
andere Bestätigungsleistungen	31
Gesamtbetrag	439

Bezüge und Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands sowie die Bezüge der Aufsichtsgremien

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig. Er orientiert sich an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung nach Ablauf eines Geschäftsjahres eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehalts gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den Verwaltungsrat festgelegt. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Vorstand	2011			
	Grundbetrag und Allgemeine Zulage	Leistungs- zulage	Sonstige Vergütung	Gesamt- vergütung
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Schabel, Markus Vorsitzender	512	66	15	593
Gerling, Wolfram Mitglied	426	55	10	491
Richter, Klaus Mitglied	426	55	10	491
Scholz, Peter Mitglied (seit 15.07.2011)	118	–	5	123
Summe	1.482	176	40	1.698

Die sonstigen Vergütungen betreffen überwiegend Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen.

Im Falle einer Nichtverlängerung der Dienstverträge haben Herr Schabel, Herr Gerling und Herr Richter mit ihrem Ausscheiden Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen bzw. hat Herr Scholz Anspruch auf eine Abfindungszahlung in Höhe eines Jahresgehalts, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihnen zu vertreten ist. Der Anspruch von Herrn Schabel und Herrn Gerling beträgt derzeit 50 % und der von Herrn Richter 40 % der festen Bezüge.

Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands

Im Falle der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit haben die im Geschäftsjahr bei der Sparkasse tätigen Mitglieder des Vorstands Pensionsansprüche, die sich an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände orientieren.

Die Rückstellungen hierfür sind mit dem in der Zukunft zur Erfüllung der Pensionsverpflichtungen aufzubringenden Betrag zu bilanzieren. Dieser Betrag wird versicherungsmathematisch ermittelt.

Der Barwert entspricht der Summe der auf den Bilanzstichtag abgezinsten Pensionszahlungen und stellt lediglich eine kalkulatorische Größe dar.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Beträge:

Vorstand	im Jahr 2011 der Pensionsrückstellung zugeführt	Barwert der Pensionsansprüche 31.12.2011
	TEUR	TEUR
Schabel, Markus Vorsitzender	186	2.875
Gerling, Wolfram Mitglied	174	2.837
Richter, Klaus Mitglied	135	2.116
Scholz, Peter Mitglied (seit 15.07.2011)	1.313	1.875

Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden 1.035 TEUR gezahlt; die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betragen am 31.12.2011 14.957 TEUR.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats, des Hauptausschusses und des Risikoausschusses der Sparkasse wird ein Sitzungsgeld von 307,00 EUR je Sitzung gezahlt. Für zusätzlich wahrgenommene Mandate in der Zweckverbandversammlung der Sparkasse oder im Beirat wird jeweils ein Sitzungsgeld in Höhe von 128,00 EUR bzw. 256,00 EUR gezahlt. Die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2011 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien. Bezüge aus einer Tätigkeit in der Zweckverbandversammlung der Sparkasse bzw. im Beirat sind in den Beträgen enthalten.

Name	TEUR	Name	TEUR
Afhüppe, Norbert	0,6	Dr. Moormann, Hans	1,4
Arnkens-Homann, Dagmar	0,3	Oortmann, Klaus	2,3
Austermann, Lothar	3,4	Overhaus, Christel	5,3
Banken, Ludger	2,8	Philippskötter, Olaf	0,3
Berlage, Paul	2,7	Reiners, Otto	2,2
Bing, Norbert	2,3	Rickfelder, Josef	0,3
Birkhahn, Astrid	0,4	Ruhmüller, Benedikt	2,0
Engels, Kai	2,0	Sandfort, Günter	2,9
Dr. Erber, Dietmar	4,4	Stober, Barbara	0,1
Dr. Gericke, Olaf	9,2	Sträßer, Theo	2,8
Heuer, Wolfgang	3,7	Timmermann, Bernhard	0,6
Hild, Karl-Wilhelm	5,0	Tinnermann, Ute	0,3
Jahn, Christoph	0,6	Többen, Michael	0,3
Klas, Heribert	3,4	Varnhagen, Hans	0,1
Lewe, Markus	7,3	Walter, Jochen	1,5
Lülf, Berthold	2,4	Weidemann, Hannelore	0,3
Möllemann-Appelhoff, Carola	5,3	Wigger, Holger	0,4
		insgesamt	78,9

Kreditgewährungen und Haftungsverhältnisse an bzw. von Vorstand und Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte Mitgliedern des Vorstands zum 31.12.2011 Kredite in Höhe von 262 TEUR (Vorjahr 322 TEUR) sowie Avale in Höhe von 4 TEUR (Vorjahr 4 TEUR) und Mitgliedern des Verwaltungsrats Kredite in Höhe von 11.250 TEUR (Vorjahr 10.406 TEUR) sowie Avale in Höhe von 2.425 TEUR (Vorjahr 1.966 TEUR) gewährt.

Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2011	2010
Vollzeitkräfte	912	939
Teilzeit- und Ultimokräfte	431	420
	1.343	1.359
Auszubildende	121	107
insgesamt	1.464	1.466

Pfandbriefgeschäft

Die Sparkasse hat im Berichtsjahr weitere Pfandbriefe nach den Vorschriften des Gesetzes zur Neuordnung des Pfandbriefrechts (Pfandbriefgesetz - PfandBG) emittiert. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch Veröffentlichung auf unserer Website unter www.sparkasse-muensterland-ost.de (Ihre Sparkasse / Pfandbriefe) erfüllt.

Darstellung zum 31.12.2011

Im Umlauf befindliche Hypothekendarlehen und Deckungsmasse gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG:

	2011		2010	
	Nennwert	Buchwert	Nennwert	Buchwert
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtbetrag der im Umlauf				
befindlichen Hypothekendarlehen	175.000	175.000	75.100	75.100
Deckungsmasse	347.251	347.288	206.387	206.387
Überdeckung	172.251	172.288	131.287	131.287

	2011			2010		
	Barwert	Risiko- barwert* (nach oben)	Risiko- barwert* (nach unten)	Barwert	Risiko- barwert* (nach oben)	Risiko- barwert* (nach unten)
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtbetrag der im Umlauf						
befindlichen Hypothekendarlehen	188.428	168.569	211.258	74.806	67.034	83.745
Deckungsmasse insgesamt	382.823	362.919	404.513	223.204	210.808	236.752
Überdeckung	194.395	194.350	193.255	148.398	143.774	153.007
sichernde Überdeckung gemäß § 4 Abs. 1 PfandBG	22,73 %			6,79 %		

*dynamisches Verfahren gemäß PfandBarwertV.

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate, keine Auslandsgeschäfte sowie keine wertberichtigten Geschäfte.

Verteilung von Hypothekendarlehen im Umlauf und Deckungsmasse nach Laufzeitstruktur bzw. Zinsbindungsfristen gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG:

Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist	Pfandbriefe im Umlauf		Deckungsmasse	
	2011 TEUR	2010 TEUR	2011 TEUR	2010 TEUR
bis 1 Jahr	–	–	49.968	24.110
über 1 Jahr bis 2 Jahre	–	–	30.907	16.913
über 2 Jahre bis 3 Jahre	–	–	20.454	24.146
über 3 Jahre bis 4 Jahre	–	–	23.843	14.506
über 4 Jahre bis 5 Jahre	10.000	–	39.277	14.716
über 5 Jahre bis 10 Jahre	99.900	50.000	160.028	98.451
über 10 Jahre	65.100	25.100	22.774	13.545

Die Deckungsmassen zu den Hypothekendarlehen gliedern sich gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe a) PfandBG in folgende Größenklassen:

Nennwert	2011	2010
	TEUR	TEUR
bis 300 TEUR	244.316	150.482
300 TEUR bis 5.000 TEUR	60.522	55.905
über 5.000 TEUR	–	–

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe b) i. V. m. § 28 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe c) PfandBG für zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Staaten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen, und nach Nutzungsart:

in Deutschland	2011		2010	
	gewerbliche Nutzung	wohnwirtschaftliche Nutzung	gewerbliche Nutzung	wohnwirtschaftliche Nutzung
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Wohnungen		36.396		21.503
Einfamilienhäuser		150.442		89.454
Mehrfamilienhäuser		57.059		46.778
Bürogebäude	18.091		12.508	
Handelsgebäude	275		5.145	
Industriegebäude	6.296		3.776	
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	36.279		22.223	
unfertige, noch nicht ertragsfähige Neubauten	–	–	–	–
Bauplätze	–	–	–	–

Außerhalb Deutschlands befinden sich keine Grundstückssicherheiten.

sonstige Deckungswerte	2011	2010
	TEUR	TEUR
weitere Deckung gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG	–	–
Deckung nach § 4 Abs. 1 PfandBG (für sichernde Überdeckung)	42.413	5.000

Rückständige Leistungen gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Am 31.12.2011 waren keine Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren für Forderungen aus der Deckungsmasse anhängig. Im Geschäftsjahr wurden keine Zwangsversteigerungen aus Forderungen aus der Deckungsmasse durchgeführt, es wurden auch keine Grundstücke zur Vermeidung von Verlusten übernommen.

Ergänzend zur Formblattbilanz ergeben sich folgende Angaben für das Pfandbriefgeschäft:

Aktivseite			31.12.2011	2010
	EUR	EUR	EUR	TEUR
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) Hypothekendarlehen		0,00		0
b) Kommunalkredite		0,00		0
c) andere Forderungen		638.972.687,06		1.132.661
			638.972.687,06	1.132.661
darunter:				
täglich fällig	87.912.385,03			(188.971)
gegen Beleihung von Wertpapieren	0,00			(0)
4. Forderungen an Kunden				
a) Hypothekendarlehen		2.997.621.870,17		2.907.594
b) Kommunalkredite		301.841.495,67		198.033
c) andere Forderungen		2.502.586.885,31		2.249.105
			5.802.050.251,15	5.354.732
darunter:				
gegen Beleihung von Wertpapieren	0,00			(0)
14. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		6.747.695,06		7.751
b) andere		999.184,85		1.279
			7.746.879,91	9.030

Passivseite			31.12.2011	2010
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		65.310.265,03		40.318
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		0,00		0
c) andere Verbindlichkeiten		1.409.687.104,70		1.571.175
			1.474.997.369,33	1.611.493
darunter:				
täglich fällig	281.754.396,28			(141.809)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00			(0)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		110.481.312,23		35.156
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		0,00		0
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.458.437.901,10			1.537.008
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	168.091.549,65			139.346
		1.626.529.450,75		1.676.354
d) andere Verbindlichkeiten		4.005.311.047,21		3.927.339
			5.742.321.810,19	5.638.849
darunter:				
täglich fällig	2.941.894.158,68			(2.862.772)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00			(0)
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekenpfandbriefe	0,00			0
ab) öffentliche Pfandbriefe	0,00			0
ac) sonstige Schuldverschreibungen	139.591.877,40			208.941
		139.591.877,40		208.941
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten		0,00		0
			139.591.877,40	208.941
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00			(0)
6. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		10.000.423,04		12.348
b) andere		0,00		2
			10.000.423,04	12.350

Verwaltungsrat der Sparkasse Münsterland Ost

Vorsitzendes Mitglied

Dr. Olaf Gericke
Landrat des Kreises Warendorf

1. Stellvertreter

Markus Lewe

2. Stellvertreter

Norbert Bing

3. Stellvertreter

Wolfgang Heuer (bis 18.01.2012)

Beratende Teilnahme

Ludger Banken
Bürgermeister der Gemeinde Everswinkel

Benedikt Ruhmüller
Bürgermeister der Stadt Ahlen

Paul Berlage
Bürgermeister der Stadt Drensteinfurt

Jochen Walter
Bürgermeister der Stadt Warendorf

Berthold Lülff
Bürgermeister der Stadt Ennigerloh

Mitglieder

Norbert Bing
Justizvollzugsbeamter

Dr. Dietmar Erber
Chemiker

Wolfgang Heuer (bis 18.01.2012)
Angestellter an der Universität Münster

Karl-Wilhelm Hild
Kriminalhauptkommissar (i.R.)

Heribert Klas
*Leiter Stadtmarketing bei der WFG
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ahlen mbH (i.R.)*

Markus Lewe
Oberbürgermeister der Stadt Münster

Carola Möllemann-Appelhoff
Studienrätin

Dr. Hans Moormann
Unternehmer

Theo Sträßer
Kaufmännischer Angestellter (i.R.)

Lothar Austermann
Sparkassenangestellter

Kai Engels
Sparkassenangestellter

Klaus Oortmann
Sparkassenangestellter

Christel Overhaus
Sparkassenangestellte

Günter Sandfort (bis 30.09.2011)
Sparkassenangestellter

Norbert Afhüppe (seit 01.10.2011)
Sparkassenangestellter

Stellvertretende Mitglieder

Dagmar Arnkens-Homann
Städtische Angestellte

Barbara Stober
Hausfrau

Holger Wigger
Technischer Angestellter

Astrid Birkhahn
Mitglied des Landtages

Otto Reiners
Referatsleiter Landschaftsverband Westf.-Lippe

Christoph Jahn
Rechtsanwalt

Hans Varnhagen
Dachdeckermeister (selbst.)

Josef Rickfelder
Mitglied des Landtages

Hannelore Weidemann
Angestellte Landschaftsverband Westf.-Lippe

Bernhard Timmermann
Sparkassenangestellter

Olaf Philippskötter
Sparkassenangestellter

Norbert Afhüppe (bis 30.09.2011)
Sparkassenangestellter

Eva-Maria Müller (seit 01.10.2011)
Sparkassenangestellte

Ute Tinnermann
Sparkassenangestellte

Michael Többen
Sparkassenangestellter

Vorstand der Sparkasse Münsterland Ost

Markus Schabel, Vorsitzender
Wolfram Gerling
Klaus Richter
Peter Scholz (seit 15.07.2011)

Stellvertretendes Vorstandsmitglied gem. § 19 Abs. 1 SpkG

Peter Scholz (bis 14.07.2011)
Roland Klein (seit 15.07.2011)

Vertreter nach § 15 Abs. 2b SpkG

Frank Knura
Roland Klein (bis 14.07.2011)
Bernd Theilig (seit 01.01.2011)

Münster, 22.03.2012

Der Vorstand

Schabel

Gerling

Richter

Scholz

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Münsterland Ost für das Geschäftsjahr vom 01.01.2011 bis 31.12.2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 03.05.2012

Sparkassenverband Westfalen-Lippe
– Prüfungsstelle –

Thiemann
Wirtschaftsprüfer

Dittrich
Wirtschaftsprüfer

Sparkasse
Münsterland Ost
Weseler Straße 230
48151 Münster